

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]
Gesendet: Freitag, 12. September 2014 10:29
An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)
Betreff: Sonderausgabe: Politische Neutralität an Hamburgs Schulen (WWL-Info-Mail Nr. 68/2014)

WWL-Info-Mail Nr. 68/2014

Hamburg, 12. September 2014 – Sonderausgabe: Politische Neutralität an Hamburgs Schulen

Es scheint fast so, als wenn vor allem Volksgesetzgebungsverfahren mit schulpolitischen Inhalten dazu führen, dass Verantwortliche an Hamburger Schulen ihre Verpflichtung zur politischen Neutralität aufgeben und ihre Positionen im Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Schulleitungen, Lehrkräften und – inzwischen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr stimmberechtigten – Schülerinnen und Schülern ausnutzen und missbrauchen, um einseitig Werbung für oder gegen Vorlagefragen aus solchen Volksgesetzgebungsverfahren zu machen. Das war zu Zeiten der Vorbereitung des Volksentscheids gegen die Primarschulpläne so, als vor allem Schulleitungen von Grundschulen ihre Neutralitätspflicht verletzten. Auch im Vorfeld des ab dem 18. September 2014 laufenden dreiwöchigen Volksbegehrens „G9-Jetzt-HH“ gibt es wieder ähnliche Vorkommnisse.

Jüngstes Beispiel ist die aktuelle Verlautbarung des *Schuldezernenten des Katholischen Schulverbandes*, eine Kampagne mit 20.000 Flyern und 500 Plakaten gegen die Vorlage der Volksinitiative zu starten. Wir möchten die offenbar in vielen Schulen bestehende Verunsicherung über die rechtliche Regelung zum Anlass nehmen, die Rechtslage klarzustellen.

Die **Verpflichtung zur politischen Neutralität in Schulen** ist eine Selbstverständlichkeit, die bereits aus der gesetzlichen Schulpflicht folgt. Es wäre mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar, wenn Eltern gesetzlich gezwungen wären, ihre Kinder für die Dauer des Schulunterrichts dem staatlichen Schulwesen auszusetzen, wenn die Kinder und Jugendlichen dort im Über- und Unterordnungsverhältnis einseitiger politischer Beeinflussung durch Lehrkräfte und/oder Schulleitungen ausgesetzt würden. In Hamburg ausdrücklich geregelt ist die Verpflichtung der Schulen zur politischen Neutralität in:

Geschäftsordnungsbestimmung Nr. 14 der Behörde für Schule und Berufsbildung betr. Politische Werbung in Diensträumen

<http://www.schulrechthamburg.de/jportal/portal/bs/18/page/sammlung.psm?doc.hl=1&doc.id=VVHA-VVHA000000114&documentnumber=1&numberofresults=1&showdoccase=1&doc.part=F¶mfromHL=true>

Eine entsprechende Regelung für wirtschaftliche Werbung findet sich in der:

Richtlinie zu Werbung, Sponsoring und sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten in staatlichen Schulen

<http://www.hamburg.de/contentblob/69574/data/bbs-richtl-sponsoring-schulen-05-00.pdf>

Danach ist klar:

- Schulleitungen und Lehrkräfte haben sich auf dem Gelände ihrer Schule jeder einseitigen Betätigung für oder gegen Parteien und Volksinitiativen zu enthalten.** Das gilt für den Unterricht ebenso wie für Elternveranstaltungen usw.. Eine einseitige Kampagne wie die vom Schuldezernenten des Katholischen Schulverbandes angekündigte Kampagne gegen das G9-Volksbegehren wäre eine schwerwiegende Verletzung der Verpflichtung zur politischen Neutralität.
- Schulleitungen und Lehrkräfte sind unabhängig von ihrer Verbeamtung selbstverständlich **frei darin, sich außerhalb ihrer Schule privat** und ohne Ausnutzung ihres Überordnungsverhältnisses für oder gegen die Vorlagefragen von Volksinitiativen **zu engagieren**. Sie dürfen also bei einem Volksbegehren ebenso unterschreiben (oder es unterlassen) wie sie bei politischen Wahlen wählen

und die Partei ihrer jeweiligen Behördenleitung in Gestalt der Schulsenatorin oder des Schulsenators abwählen (oder auch wählen) können.

Die Verletzung der Verpflichtung zur politischen Neutralität zerstört das für den pädagogischen Erfolg unverzichtbare Vertrauensverhältnis in den Kollegien einerseits aber vor allem auch zwischen Lehrkräften und Eltern bzw. Lehrkräften und Schülern. Schulleiter und Lehrkräfte, die die Verpflichtung zur politischen Neutralität missachten, dokumentieren mit ihrem Verhalten, dass sie eine der wesentlichen Voraussetzungen für gute Schulen in einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die strikte Verpflichtung zu politischer Neutralität, nicht erfasst haben.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

Immer aktuell: FORUM BILDUNG HAMBURG

Diskutieren Sie bildungspolitische Themen im Live-Chat

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/forum.bildung.hamburg/>

„Wir wollen lernen!“

Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)

Tel.: +49 (0)40 359 22-270

Mobil: +49 (0)172 43 53 741

Fax: +49 (0) 40 359 22-224

E-Mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de

Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14.

Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahnpflicht als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

Erhalten Sie diesen Newsletter nur auf Umwegen und möchten Sie künftig direkt in unseren Verteiler aufgenommen werden, schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse

BLZ 200 505 50

Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.